



Bundesministerin für  
EU und Verfassung

[bundeskanzleramt.gv.at](https://bundeskanzleramt.gv.at)

**Mag. Karoline Edtstadler**  
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.833.599

Wien, am 16. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Dezember 2020 unter der Nr. **4660/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „humanitärer Katastrophe mitten in Europa – das offizielle Österreich schaut zu“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 4:**

1. *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Gemeinden österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
  - a) *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
  - b) *Wenn ja, um welche Gemeinden handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
  - c) *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
  - d) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
  - e) *Wenn nein, warum nicht?*

2. *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Städten österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
  - a) *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
  - b) *Wenn ja, um welche Städte handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
  - c) *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
  - d) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
  - e) *Wenn nein, warum nicht?*
3. *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Bundesländern österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
  - a) *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
  - b) *Wenn ja, um welche Bundesländer handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
  - c) *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
  - d) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
  - e) *Wenn nein, warum nicht?*
4. *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit Einrichtungen, wie z.B Kirchen oder NGOs, Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
  - a) *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
  - b) *Wenn ja, um welche Einrichtungen und Institutionen handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
  - c) *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
  - d) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
  - e) *Wenn nein, warum nicht?*

Ich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4658/J vom 16. Dezember 2020 durch den Bundeskanzler verweisen.

**Zu Frage 5:**

5. *Hatten bzw. haben Sie mit den griechischen Behörden bzw. Ihrem griechischen Amtskollegen Gespräche über den menschenunwürdigen Zustand auf Lesbos geführt?*
  - a) *Wenn ja, mit wem genau hatten Sie Kontakt?*

- b) *Wenn ja, wann genau?*
- c) *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
- d) *Wenn nein, warum nicht?*

Ich habe unter anderem mit dem stellvertretenden Minister für Migrations- und Asylpolitik, Giorgos Koumoutsakos, am 21. Juli 2020 in Wien ausführlich über die Migrationssituation in Griechenland gesprochen. Während der Moria-Krise im September war ich im Austausch mit meinem griechischen Amtskollegen Miltiadis Varvitsiotis. Am 22. Dezember 2020 habe ich mich bei ihm erkundigt, wie es um die Verteilung der von Österreich übermittelten Hilfsgüter steht. Er meinte dazu, dass Griechenland dankbar für die österreichischen Hilfsgüter ist und sie ehestmöglich je nach Bedarf einsetzt bzw. einsetzen wird. Miltiadis Varvitsiotis war außerdem am 11. Februar 2021 zu Gast in Wien, wo wir die Notwendigkeit von raschen Fortschritten auf EU-Ebene hinsichtlich des „Migrations- und Asylpaketes“ diskutiert haben.

**Zu den Fragen 6 bis 9:**

- 6. *Hatten bzw. haben Sie die Aufnahme von Menschen aus den Lagern im Rat der EU zum Thema gemacht?*
  - a) *Wenn ja, wann genau?*
  - b) *Wenn ja, in welcher Form?*
  - c) *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - d) *Wenn nein, warum nicht?*
- 7. *Hatten bzw. haben Sie die Aufnahme von Menschen aus den Lagern bei dem zuständigen EU-Kommissar Margaritis Schinas zum Thema gemacht?*
  - a) *Wenn ja, wann genau?*
  - b) *Wenn ja, wie oft?*
  - c) *Wenn ja, in welcher Form?*
  - d) *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - e) *Wenn nein, warum nicht?*
- 8. *Spricht sich die österreichische Bundesregierung für die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus den griechischen Lagern aus?*
  - a) *Wenn ja, was unternimmt sie dafür?*
  - b) *Wenn nein, warum nicht?*
- 9. *Warum blockiert die Bundesregierung die Appelle der vielen Gemeinden österreichweit, Menschen aufzunehmen?*

Die Frage des Asyl- und Migrationsmanagements ist Teil der Verhandlungen zum neuen „Migrations- und Asylpaket“, welches von der Europäischen Kommission am 23. September 2020 veröffentlicht wurde. Wie in meiner Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 3596/J vom 30. September 2020 bereits ausgeführt, wurde das „Migrations- und Asylpaket“ erstmals am 8. Oktober 2020 im Rat der Justiz- und Innenminister vorgestellt und am 13. November 2020 hat dazu eine erste inhaltliche Diskussion im Rahmen des außerordentlichen Rates der Justiz- und Innenminister stattgefunden. Auf der Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ im Dezember 2020 fanden weitere Beratungen statt, die im neuen Jahr fortgesetzt werden.

Als Bundesministerin für EU und Verfassung ist mir selbstverständlich die Einhaltung der Grundrechte ein besonderes Anliegen. Während der Moria-Krise im September war ich mit dem von Ihnen erwähnten, auch für Migration mitzuständigen EK-Vizepräsidenten Margaritis Schinas in Kontakt. Konkret habe ich mit Vizepräsident Schinas am Wochenende vom 12. September 2020 sowie am 27. November 2020 telefoniert. Am Rande einer vom *International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)* organisierten Videokonferenz am 6. Oktober 2020, an der auch VK Schinas teilgenommen hat, haben wir uns ebenfalls ausgetauscht.

Darüber hinaus ersuche ich um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der nunmehr geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 30/2021, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gem. Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl II Nr. 17/2020, nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4659/J vom 21. Dezember 2020 durch den Bundesminister für Inneres verweisen.

Mag. Karoline Edtstadler

